

Eine vertane

*Warum die aktuelle
Steuerreform eine verpasste
Gelegenheit ist und die
Arbeitnehmer das bezahlen.*

Seit Donnerstag ist auch die letzte Kontroverse rund um die Steuerreform bereinigt: Damit der Staat Steuerbetrügern leichter auf die Spur kommt und ihm so keine Einnahmen entgehen, wird das Bankgeheimnis durchbrochen. Auf Drängen der Opposition ist für eine Kontoeinschau aber doch ein Richter nötig. Damit ist das Gesetespaket fertig geschnürt und kann im Juli vom Parlament abgesegnet werden.

Denken wir kurz zurück: Welches Ziel verfolgte die Regierung eigentlich mit der Steuerreform? Weniger Steuern auf Arbeit und damit eine dynamischere Wirtschaft. Wer diese Messlatte anlegt, wird feststellen: Österreichs Arbeitnehmer werden sich diese Reform zu einem beträchtlichen Teil selbst zahlen müssen. Aber auch wer auf ein dynamischeres Umfeld für Investoren und Unternehmer gehofft hat, wird enttäuscht. Denn die Steuer- und Abgabenquote bleibt fast so hoch wie bisher.

Das Prestigeprojekt der Regierung, von dem diese selbst ihre Zukunft abhängig gemacht hat, ist damit kein Aufbruchssignal, sondern eine vertane Chance. Richtige Maßnahmen wie die niedrigere Lohnsteuer und der Verzicht auf Erbschafts- und

Chance für uns alle

Vermögenssteuer ändern diese Bilanz nicht. Warum? Aufgrund der Steuerreform wird der Finanzminister etwa fünf Milliarden Euro weniger einnehmen. Aber nur ein Teil der sogenannten Gegenfinanzierung besteht darin, bei Ausgaben den Rotstift anzusetzen. Eine gute Milliarde Euro soll in der Verwaltung und bei Förderungen eingespart werden, geschätzte 850 Millionen sollen durch stärkeren Konsum hereinkommen. Den größeren Anteil an den fünf Milliarden zahlen sich die Bürger in der einen oder anderen Form also selbst: Weil jeder Kinobesuch, jede Übernachtung und etwas auch Grunderwerb teurer wird. Weil jeder, der nicht nur mit einem Sparbuch vorsorgt, mehr Steuer zahlt. Weil das Dienstauto mehr kostet. Weil die Höchstbeitragsgrundlage für die Sozialversicherung noch stärker angehoben wird als sie regulär ohnehin steigt.

Nicht zu vergessen: Von der letzten Änderung der Lohnsteuersätze 2009 bis Ende dieses Jahres wird der Bund zusätzlich 11,5 Milliarden Euro an Lohnsteuer eingenommen haben. Nur,

weil die Einkommensgrenzen für die Steuersätze nicht an die Inflation angepasst wurden – die so genannte „kalte Progression“.



Brief an Tirol

Von Michael Christl

Wenig gewagt ist die Prognose, dass die Ersatzeinnahmen geringer sein werden als erhofft. Sprich: Vor dem Finanzminister wird sich mittelfristig ein Budgetloch auftun. Dagegen gibt es in Wahrheit nur zwei Gegenmittel: Eine Steuererhöhung, die die Österreicher noch stärker belastet. Oder Strukturformen, die bei den Ausgaben ansetzen: Ein finanziell nachhaltiges Pensionsystem etwa, oder eine klare Aufteilung der Verantwortung zwischen Bund und Ländern. Um es in einem Satz zu sagen: Mit dieser Steuerreform hat die Regierung bloß die Entscheidung vertagt, ob sie die Steuern weiter erhöht oder endlich Reformen anpackt, die diesen Namen auch verdienen.

Mag. MSc. Michael Christl ist Ökonom bei der unabhängigen Denkfabrik Agenda Austria